

Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Postnummer Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die entsprechende Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Anzeigen werden keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 115

Sonnabend, den 16. Mai 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat am Freitag die Ministerpräsidenten sämtlicher deutscher Länder empfangen. — In der Aufwertungsfrage ist ein Kompromiß zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien abgeschlossen worden. — Reichsminister Dr. Luther hat sich zur Eröffnung der rheinischen Jahresausstellung nach Köln begeben. — Der Internationale Gerichtshof im Haag wird am 16. Mai ein Gutachten über die Streitfrage der Danziger Briefkästen bekannt geben. — Aus London kommt das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt des Außenministers Chamberlain.

Das Aufwertungskompromiß.

Allgemeine Hypothekenaufwertung auf 25 Prozent. Einbeziehung der Industrieobligationen.

Die seit mehreren Wochen schwebenden Verhandlungen über eine Neuregelung der Aufwertungsfrage sind nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Die hinter der Reichsregierung stehenden fünf Reichstagsfraktionen (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei) haben untereinander und mit der Reichsregierung für die Beratung der Aufwertungsfrage folgende Richtlinien vereinbart:

1. Der Aufwertungsbeitrag wird für alle Hypotheken und andere dingliche Rechte auf 25 v. H. erhöht.

2. Der Aufwertungsbeitrag von 25 v. H. ist ohne Unterscheidung zwischen Aufwertung und Zusageaufwertung einheitlich an der alten Rangstelle des alten Rechts einzutragen. Soweit der nach dem Verhältnis des berechtigten Wertheintrags zum gegenwärtigen Grundstückswert betragene Goldmarkbetrag der ersten Hypothek deren Aufwertungsbeitrag übersteigt, ist dem Eigentümer eine Eigentümergrundschuld vorzubehalten. Der Rang der neu eingetragenen Reichsmarkhypotheken, Feingold-Nuggerenten und anderen werthbeständigen Hypotheken bleibt gewahrt.

3. Bezüglich der Verzinsung verbleibt es bei der Regierungsverordnung.

4. Der Rückzahlungstermin wird bis zum 15. Juni 1922 zurückverlegt. Dabei ist die Fälligkeitszinseszinsfrage zu erweitern. Bei der Rückzahlung findet die Aufwertung nicht nur zur Hälfte, sondern in voller Höhe des Aufwertungsbeitrags statt.

5. Der Aufwertungsbeitrag der Industrieobligationen wird für Altbesitzer, d. h. für Personen, die bereits am 1. Juli 1920 Inhaber der Obligationen waren, um 10 v. H. auf 25 v. H. erhöht. Die Erhöhung des Aufwertungsbeitrags um 10 v. H. wird in der Form von Genussscheinen gewährt, die folgende Rechte haben: Nachdem vom Reingewinn zunächst ein Betrag von 6 v. H. an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet ist, wird der diesen Betrag übersteigende Reingewinn in folgender Weise verteilt. Bei jedem Prozent Ueberschuss auf die Aktien müssen 2 v. H. an die Genussscheine verwandt werden bis zu einem Höchstbetrage von 6 v. H. des Betrags, an den die Genussscheine lauten. Von den auf die Genussscheine entfallenden Beträgen werden Ausschüttungen auf die Genussscheine in Höhe der alten Zinssätze der Obligationen gemacht. Der bleibende Rest wird an Auslosungen zu Paris verwandt, die mindestens jedes zweite Jahr erfolgen müssen. Die erhöhte Aufwertung kommt auch den Altbesitzern zugute, deren Obligationen nach dem 14. Februar 1924 eingelöst worden sind. Im übrigen findet eine Rückwirkung bei der Aufwertung von Industrieobligationen nicht statt.

6. Entsprechend der Höheraufwertung der Hypotheken auf 25 v. H. erhöht sich auch das im § 12, Abs. 1, des Entwurfs vorgesehene Maß für die Aufwertung anderer Vermögensanlagen auf 25 v. H.

7. Die Anleihen des Reiches werden durch eine neue Anleihe zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes auszugeben ist, wird durch Auslosung zum doppelten Nennbetrag (an Stelle des einfachen) zusätzlich 5 v. H. des Auslosungsbetrags für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslosung getilgt. Diese Tilgung soll innerhalb 30 Jahren (statt 40 Jahren) durchgeführt werden. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Anleiherente fällt fort. Die Zinsvorsorge für die bedürftigen Anleihebesitzer bleibt bestehen.

8. Die Markanleihen der Länder werden in der gleichen Weise behandelt wie die Anleihen des Reiches.

9. Die Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden durch neue Anleihen zum Satz von 5 v. H. abgelöst. Der Teil der Ablösungsanleihe, welcher gegen Markanleihen alten Bestandes auszugeben ist, wird durch Auslosung nicht zum einfachen, sondern zum doppelten Nennbetrag zusätzlich 5 v. H. des Auslosungsbetrags für jedes Jahr seit dem Beginn der Auslosung getilgt. Die Tilgungsdauer beträgt nach näherer Festsetzung der Obersten Landesbehörde 20 bis 30 Jahre. Die Gemeindeaufsichtsbehörde kann einen Zreuhänder zur Wahrnehmung der Interessen der Anleihegläubiger bestellen.

Auf Antrag der Gemeinde oder eines Anleihegläubigers oder des Zreuhänders ist der seit dem Rückzahlungstermin

bis auf 25 v. H. des Nennbetrags der abzulösenden Markanleihen zu erhöhen, sofern dies dem Anleihegläubiger nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung seiner öffentlichen Aufgaben zugemutet werden kann. Ueber die Unterscheidung zwischen Gemeindeanleihen alten und neuen Bestandes Bestimmungen zu treffen, bleibt den Ländern vorbehalten.

Im Reichstagsauschuß wird die Reichsregierung Gelegenheit haben, zu der durch die Verkündigung der Parteien geschaffenen Basis Stellung zu nehmen. Da bei der Abfassung des Kompromißvorschlages Regierungsvertreter zugegen waren und mitgewirkt haben, ist allerdings kaum daran zu zweifeln, daß die Reichsregierung ihn in der nunmehr vorliegenden Fassung sich zu eigen machen und anstelle ihrer vorangegangenen Vorschläge dem Reichstag präsentieren wird. Wie verlautet, haben sich die Parteien verpflichtet, die vereinbarten Richtlinien im Auschuß durchzusetzen und bei Abstimmungen und Anträgen nicht von ihnen abzuweichen. Damit scheint eine baldige Verabschiedung des Gesetzes sichergestellt zu sein.

Wie aus dem Reichstag gemeldet wird, will der bekannte Vorkämpfer des Aufwertungsgedankens, Abg. Best, aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion austreten und sich der Böhmischen Vereinigung anschließen. Der Abgeordnete vertritt die Auffassung, daß die Vereinbarungen der Parteien vollkommen unzulänglich sind und den berechtigten Aufwertungsansprüchen der Gläubiger, Sparer und Kleinrentner nicht im entferntesten Maße gerecht werden.

Außerdem hat der Abg. Dr. Steininger (Dnat.) den Vorstoß und die Mitgliedschaft im Aufwertungsaußchuß niedergelegt, da er sich nicht entschließen konnte, die Verpflichtung zu übernehmen, im Auschuß für das Kompromiß einzutreten.

Reichsregierung und Aufwertungskompromiß.

— Berlin, 16. Mai. Reichsfinanzminister von Schlieffen betonte im Aufwertungsaußchuß des Reichstags noch einmal die schweren wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken, die die Reichsregierung gegenüber dem Kompromiß geäußert hätte. Trotzdem sei sie auf den Boden des Kompromisses getreten, damit das deutsche Wirtschaftsleben endlich zur Beruhigung komme. Ueber die im Kompromiß niedergelegten Richtlinien hinauszuweichen, sei die Reichsregierung jedoch keinesfalls in der Lage. Im Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Kreditmarktes bitte er dringend, die Verhandlungen so zu beschleunigen, daß das Aufwertungsproblem in kürzester Zeit als gelöst gelten kann.

Vertagung der Botschafter-Konferenz.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London.

Die für Freitag angelegte Sitzung der Botschafter-Konferenz, die den endgültigen Wortlaut der an Deutschland zu richtenden Note in der Entwaffnungsfrage festlegen sollte, ist im letzten Augenblick vertagt worden. Die abermalige Vertagung ist zweifellos auf wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris zurückzuführen, obwohl französischerseits immer wieder versichert wird, daß bis auf unwesentliche Punkte ein „völliges Einverständnis“ der beiden Regierungen über die Deutschland gegenüber einzunehmende Haltung hergestellt sei. Wie verlautet, sollen sich die Meinungsverschiedenheiten hauptsächlich über die Form der Entwaffnungsbedingungen beziehen. Die englischen Sachverständigen wollten diese Bedingungen genauer gefaßt wissen, damit später nicht wiederum ein Streit über die Auslegung entstehen könnte. Das Datum für die nächste Sitzung der Botschafterkonferenz soll erst festgesetzt werden, wenn eine volle Einigung zwischen Paris und London erzielt ist.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. Mai 1925.

Die Ministerpräsidenten beim Reichspräsidenten. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Freitag in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Luther und des Reichsinnenministers Schiele die Staats- und Ministerpräsidenten und anderen Regierungschefs der deutschen Länder zur Vorstellung und Entgegennahme ihrer Glückwünsche. Sämtliche 18 deutschen Länder waren vertreten. Auf die Worte des preussischen Ministerpräsidenten erwiderte Hindenburg u. a.:

„Auch heute möchte ich Ihnen versichern, daß ich es als eines meiner vornehmsten Aufgaben ansehe, das gute Einvernehmen des Reichs und der Länder zu pflegen und zu fördern; denn in der Vielgestaltigkeit der deutschen Stämme, ihrer Eigenart und ihrem Eigenleben liegen die Wurzeln unseres Volkstums und unserer Volkskraft; das Reich umschließt sie und faßt sie zur Einheit, die allein Stärke gibt, zusammen. So sind Reich und Länder zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden und

in diesen Jahren gemeinsamer Not und Leidens mehr denn je zusammengefaßt.“

Der Reichspräsident hat dem Reichstagspräsidenten Lohse, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Reichsrat einen Gegenbesuch abgestattet.

Am Hofes Tod. Das bereits bei den parlamentarischen Untersuchungsverhandlungen erwähnte Gutachten der Gerichtsärzte in der Todesermittlungsurkunde Dr. Hofes liegt jetzt im Wortlaut vor. Es heißt darin: „Es muß angenommen werden, daß Dr. Hofe am 18. April Luminal und Pantopon in größerer Menge zu sich genommen hat und daß darauf die alsdann einsetzende schwere zum Tode führende Vergiftung zurückzuführen ist. Mit Rücksicht auf die offenbar genommene große Menge scheint uns keine andere Erklärung denkbar, als daß er in der offensibaren Absicht, sich das Leben zu nehmen, das Gift sich eingeführt hat.“

Schulaustritt anläßlich der rheinischen Tausendjahrfeier.

— Berlin, 16. Mai. Das preussische Staatsministerium hat angeordnet, daß am 20. Juni anläßlich der Tausendjahrfeier der Rheinlande der Schulunterricht im gesamten preussischen Gebiet ausfällt. Im besetzten Gebiet wird der Ausfall des Unterrichts nach Maßgabe der lokalen Festveranstaltungen geregelt werden.

Keine Vorauszahlung der Vermögenssteuer im Mai.

— Berlin, 16. Mai. Der Steuerauschuß des Reichstags hat beschloffen, daß auf dem Verwaltungswege eine Hinausschiebung der Fälligkeit der Mairate der Vorauszahlungen auf die Vermögenssteuer vorgenommen werden soll. Daraufhin wird also die Reichsfinanzverwaltung die erforderlichen Maßnahmen anordnen, damit die Zahlung der Mairate, die sonst spätestens bis zum 22. d. Mts. zu erfolgen hätte, nicht zu geschehen braucht.

Kreditnot und Agrarzoll.

— Berlin, den 15. Mai 1925.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

Bei der Weiterberatung des Reichshaushalts im Reichstage hielt Reichsernährungsminister Graf Ranke eine große Rede über die Lage der Landwirtschaft, wobei er insbesondere die Kreditnot und die Notwendigkeit der Agrarzölle darlegte.

Der Minister erklärte, die katastrophale Kreditkrise werde in kürzester Zeit die sorgfältigste Aufmerksamkeit der Volksvertretung erfordern. Die Kreditnot zeigte sich von Monat zu Monat. Er halte es auch bei einer guten Ernte für ausgeschlossen, daß der überwiegende Teil der angenommenen Personalkredite im Herbst zurückgezahlt werden könnten. Die Zinsen können bei der heute mangelnden Rentabilität der Landwirtschaft meist nur durch neue Verschuldung aufgebracht werden, ein auf die Dauer ganz unhaltbarer Zustand. Die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt, die wenigstens teilweise Abhilfe schaffen könne, werde demnächst vom Reichstag beraten werden müssen.

Bei der Zollfrage, die dem Reichstag in den nächsten Wochen zugehen wird, stehe die Regierung auf dem Standpunkt, daß Industriezölle ohne entsprechende Agrarzölle eine handels- und wirtschaftspolitische Unmöglichkeit wären. Ohne Zölle werden wir aber nicht auskommen, solange die anderen Staaten sich mit Zollmauern abgeben.

Zum Schluß betonte der Minister, daß das Ziel unserer Agrarpolitik die Ernährung aus eigener Scholle sein müßte. Je mehr wir produzieren, desto billiger produzieren wir. Die Agrarfrage werde in kürzester Zeit eine für die Entwicklung der deutschen Gesamtwirtschaft überragende Bedeutung einnehmen.

Rundschau im Auslande.

Die seit mehreren Jahren in Warschau erscheinende französische Zeitung „Journal de Pologne“, die durch ihre antideutsche Haltung herkömmlich war, hat jetzt ihr Erscheinen eingestellt und hinterläßt eine erhebliche Schuldenlast.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Clemenceau ist wieder einstimmig zum Bürgermeister von Lyon gewählt worden.

Die Kämpfe in Französisch-Marokko.

Nach Pariser Meldungen soll der Gegenstoß der französischen Truppen einen erfolgreichen Verlauf nehmen. Der französische Angriff wurde durch ein heftiges Trommelfeuer auf die marokkanischen Stellungen eingeleitet, worauf die Infanterie mit dem Bajonett vorging. Das Dorf El Haour ist im Sturm genommen worden. Die Kämpfe sind, so berichten die Pariser Blätter, auf der ganzen Front zu überstürztem Rückzuge gezwungen und werden von französischen Kampfgeschwadern aus nächster Nähe mit Maschinengewehren beschossen. Während die Franzosen geringe Verluste gehabt hätten, ließ der Feind 60 Tote auf dem